

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

1.7.1927 (No. 150)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 8515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. End,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM, einsehb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Nichterhalten tarifierter Robat, der als Kassenscheck gilt und verworfen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konkursverfahren fällt der Robat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hoftheaterblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Eine Warnung

Der in der Form eines sozialdemokratisch-demokratischen Antrags eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenabfindungsprozesse, ist gestern im Reichstag in zweiter und dritter Lesung mit einer Mehrheit von 233 Stimmen gegen 167 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen worden. Dennoch gilt das Gesetz als abgelehnt, da es, weil verfassungsändernd, eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt, und die mit jenen 233 Stimmen nicht erreicht worden. Für den Gesetzentwurf stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten, der Bayerische Bauernbund, der größte Teil der Wirtschaftspartei und das Zentrum. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Deutsch-Völkischen und die Deutsch-Hannoveraner. Der Stimme enthielten sich Reichsanwalt Dr. Marx und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Die Abstimmung war deshalb so besonders bemerkenswert, weil sich hier zum erstenmal das Zentrum geschlossen von seinen Koalitionspartnern trennte und mit der Opposition ging. Gewiß hatten die Fürsten und Landesherren, deren Abfindung noch nicht geregelt ist, sich in schriftlichen Erklärungen der Reichsregierung gegenüber verpflichtet, in diesem Jahre keine Prozesse anzukündigen. Aber eine solche Erklärung ist ja rechtlich nicht bindend. Und, wenn einer der früheren Fürsten und Landesherren jetzt doch einen Prozeß heraufbeschwört, dann können unter Umständen Urteile gefällt werden, die für das betroffene Land finanziell katastrophal sind und politisch die Leidenschaften außerordentlich erhitzen.

Das Zentrum hat deshalb geglaubt, die Verantwortung für derartige Eventualitäten vor seinen Wählern nicht übernehmen zu können. Es hat für den Antrag der Opposition gestimmt in einer Abstimmung, die namentlich war. Aber auch der größte Teil der Wirtschaftspartei, die ja sonst meistens mit der regierenden Koalition geht, hat unter richtiger Berücksichtigung der wahren Volksmeinung dafür gestimmt. Einen praktischen Erfolg hat das alles ja nicht gehabt, weil auch mit den Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftspartei die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Politisch ist der Vorgang aber doch von großer Bedeutung. Allerdings wird jetzt schon in deutschnationalen Zeitungen versichert, die Regierungskoalition sei durch die Extratour des Zentrums keineswegs gefährdet, zumal es sich in diesem Falle um eine Angelegenheit zweiten Ranges gehandelt habe; dagegen müsse man unter Umständen mit Nachwirkungen rechnen, die recht folgenreicher sein könnten. Aus deutschnationalen Kreisen werde die Drohung laut, man werde „auch einmal aus der Reihe tanzen“. Diese Drohung kann naturgemäß nur auf das Reichsschulgesetz bezogen werden, mit welchem sich die Deutsche Volkspartei nur recht schwer abfinden wird. Wir glauben indessen nicht, daß dieser Drohung, die übrigens von der deutschnationalen Presse viel eifriger kolportiert wird, als von der Presse der Deutschen Volkspartei selbst, allzu ernst zu nehmen ist.

Unter allen Umständen bedeutet das Verhalten des Zentrums eine Warnung für die übrigen Koalitionsparteien, eine Warnung, dem Zentrum nicht das Eintreten für Maßnahmen zuzumuten, die nun einmal von der überwiegenden Mehrheit des Volkes als bedenklich oder gefährlich empfunden werden. Das Zentrum weiß aus der Volksabstimmung über die Fürstenabfindung sehr genau, wie die Stimmung im Volke ausfällt. Und dem hat es Rechnung getragen. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben jedenfalls an einem praktischen Beispiel erkennen müssen, daß das Zentrum nicht gewillt ist, mit ihnen durch die dicken Wälder zu gehen.

Ein bißchen komisch ist übrigens die Art und Weise, wie die deutschnationale Presse vor ihren Lesern die Haltung der eigenen Fraktion begründet. Nach dieser Begründung haben die bisher abgefundenen Fürsten viel zu wenig bekommen. „Preußen sei bei der Auseinandersetzung geradezu glänzend weggekommen“, weil „die Hohenzollern, die schon während mancher Kriege allen Besitz für das Vaterland hergegeben haben (1), zugunsten des preussischen Staates auf einen sehr erheblichen Teil ihres Besitzes verzichteten“. Mit einer derartigen Auffassung setzt sich die deutschnationale Presse in einen bewußten Gegensatz zum allgemeinen Volksempfinden.

Die Behauptung aber, die Hohenzollern hätten während einzelner Kriege „allen Besitz hergegeben“, ist so abgeschmackt, daß man den Schreiber solcher Zeilen und die, welche ihm Glauben schenken, um ihre Geschichtskenntnisse oder um ihre Wahrheitsliebe wirklich nicht beneiden darf.

Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz in den Reichstagsausschüssen

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Auswärtigen, des Volkswirtschaftlichen und des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags gab Reichsminister A. D. Dr. Hermes einen ausführlichen Bericht über Verlauf und Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz, soweit sie Agrarfragen betraf.

Gewerkschaftssekretär Eggert vom A. D. G. V. berichtete dann über seine Wirklichkeit auf der Genfer Konferenz, vor allem über die Beschlüsse der Konferenz zur internationalen Handelspolitik und über die Behandlung der Kartellfrage in Genf. Er beklagte sodann, daß die Konferenz die Forderung der Arbeitergruppe nach Schaffung eines Internationalen Wirtschaftsamtens unter der Oberhoheit des Völkerbundes nicht angenommen habe. Das Wirtschaftsamt hätte sich der Aufgabe widmen sollen, die Arbeiten der Konferenz fortzuführen und darüber hinaus die Vermittlung bei wirtschaftlichen Streitigkeiten einzelner Nationen zu übernehmen. Die jetzige Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes sei zu dieser umfassenden Aufgabe nicht genügend gerüstet.

Au die Vorträge schloß sich eine längere Diskussion.

Keine Vorauszahlung des Rückzahlungstermin für Mittelstandskredite

In volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gab die Reichsregierung bei Behandlung eines volksparteilichen Antrages über den Rückzahlungstermin für die vom Reich gegebenen Mittelstandskredite eine Erklärung ab, wonach angesichts der bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften bestehenden Geldknappheit einerseits und der Besserung der wirtschaftlichen Lage andererseits Schwierigkeiten wegen der Rückzahlung dieser Darlehen nicht zu erwarten seien. Die Reichsregierung sei daher der Auffassung, daß nach Entwicklung der Dinge nichts zu einer Änderung der festgesetzten Rückzahlungstermine zwinde. Auch die von der preussischen Regierung hergebrachten Mittelstandskredite seien inzwischen restlos ohne nennenswerte Schwierigkeiten zurückgezahlt worden. Der Antrag wurde durch diese Erklärung vom Ausschuss als erledigt erklärt.

Die „America“ ins Meer abgestürzt — die Insassen gerettet

WPA, Paris, 1. Juli. Auf dem Flugplatz de Bourget ist bei der Hafendirektion ein offizielles Telegramm eingetroffen, das mitteilt, daß die „America“ heute vormittag 5.46 Uhr etwa 200 m von der Küste bei Ver-sur-Mer (nordöstlich von Bageux, Departement Calvados) ins Meer gestürzt ist, nachdem sie die Pariser Gegend gegen 3 Uhr morgens überflogen hatte. Bord und seine Mannschaft sind gerettet.

Besichtigung von Byrd's Abstieg

Die Marinepräpektur in Cherbourg bestatigt die Meldung, daß die „America“ um 5.40 bei Ver-sur-Mer, etwa 200 Meter von der Küste entfernt aufgefunden worden sei. Byrd hatte Hilfe verlangt um sein Flugzeug an Land bringen zu können.

Das neue sächsische Kabinett. Ministerpräsident Heldt hat nunmehr das neue Kabinett gebildet. Es setzt sich zusammen: Heldt (Alt-Soz.), Ministerpräsident; Dr. Abelt (Dem.), Innenminister; Dr. Kaiser (D. Sp.), Volksbildungsminister; Weber (Wirtschaftspartei), Finanzminister; Dr. Krug von Nidda (Deutschn.), Wirtschaftsminister; Dr. von Fumetti (Volkspartei), Justizminister; Elsner (Soz.), Arbeitsminister. Die Ernennung des stellvertretenden Ministerpräsidenten ist noch nicht erfolgt, sie wird aber vermutlich auf Dr. Krug v. Nidda fallen.

Informationsreise in das besetzte Gebiet. Die Ministerialkommission des Ministeriums der besetzten Gebiete wird am 10. Juli ihre Fahrt durch die Grenzgebiete beginnen. An erster Stelle wird der Pfalz ein Besuch abgestattet. Von der Pfalz aus wird sich die Kommission entlang der deutsch-französischen, luxemburgischen und belgischen Grenze zum Ruhrgebiet begeben, wo am 16. oder 17. Juli die Reise ihr Ende findet. Für den Anfang Oktober hat der Reichsanwalt in seiner Eigenschaft als Minister der besetzten Gebiete eine Reise in die letzteren vorgezogen.

Die Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung und sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni 1927 auf 147,7 gegen 146,5 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,8 Proz. gestiegen. Die Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ernährungsansgaben zurückzuführen, da bis auf Milch und Milcherzeugnisse dieselben eine aufwärts gerichtete Tendenz aufweisen.

Der Verfassungsfeiertag. Am Schluß der Dienstagssitzung des Reichsrates beantragte Staatssekretär Weismann namens der preussischen Regierung, in der nächsten Sitzung den 11. August als Verfassungsfeiertag zu erklären.

Der Haushaltsausschuss in Heidelberg

Das Unterrichtsministerium hat dem Landtag eine längere Denkschrift über die künftige bauliche Entwicklung der Universität Heidelberg zugehen lassen, in welcher sie u. a. sagt, daß der Zeitpunkt gekommen ist, der eine planmäßige Verbesserung der baulichen Mißstände erfordert. Nach den Ausführungen der Denkschrift entbehrt die Universität vor allem der nötigen Zahl größerer Hörsäle; sie reiche für die großen Vorlesungen bei weitem nicht aus und sind derart überfüllt, daß die Zugangsverhältnisse (Ehren und Treppen) vom Standpunkt der Sicherheitspolizei den größten Bedenken begegnen. Die Raumverhältnisse sind geradezu katastrophal. Die naturwissenschaftlichen und die medizinisch-wissenschaftlichen Institute sind — von dem physikalischen abgesehen — zu klein und mehr oder weniger veraltet; ihre Verlegung über den Neckar ist in Aussicht genommen. Die Mehrzahl der Universitätskliniken entspricht nach Größe, Anlage und Einrichtungen den heutigen Anforderungen nicht mehr; ihre Erweiterung und teilweise Erneuerung ist geplant. Der Gesamtaufwand, den die Neu- und Umbauten der Universitätsgebäude erfordern werden, wird (nach Abzug des Erlöses aus der Veräußerung von Gebäuden) auf über 13 Millionen RM geschätzt.

Der Haushaltsausschuss begab sich deswegen, um sich durch Inaugenscheinnahme von den tatsächlichen Verhältnissen zu überzeugen, am gestrigen Donnerstag nach Heidelberg. An der Besichtigung beteiligten sich der Kultusminister Leers, der Finanzminister Dr. Schmitt, von den Ministerien des Hochschulerferent Geh. Rat Schwörer mit zwei seiner Mitreferenten, der Ministerialdirektor Dr. Huber, Generalstaatsanwalt Dr. Hafner, Ministerialrat Dr. Dirsch usw.

In Heidelberg wurden die Vertreter des Landtages und der Regierung von der Stadtverwaltung empfangen, im Universitäts-Hauptgebäude am Ludwigplatz legte der Rektor Geh. Rat Dr. Ranzer, der übrigens eine Verurteilung nach Berlin bekommen hat, die überaus schwierigen Raumverhältnisse und die sich daraus ergebenden schlimmen Begleiterscheinungen für Studenten und Professoren dar. Dann ging es an die Besichtigung der bekanntlich in der Stadt sehr zerstreut liegenden Universitäts-Gebäulichkeiten und Kliniken, welche volle 4 Stunden in Anspruch nahm. Sie ergab allerdings die glatte Bestätigung der in der Denkschrift behaupteten Mißstände. Raumverhältnisse überall, unhygienisch und veraltet eingerichtete Lehrstühle, Bewegungsfreiheit für die Studierenden, Feuergefahr in den verbauten und unzureichend reparierten Gebäulichkeiten usw. In den Kliniken leiden darunter die Kranken in hohem Maße, in den anderen Instituten leidet die Ausbildungsmöglichkeit der Studenten. Die Zahl dieser ist eben in den letzten Jahren immer größer geworden, erklärlich, daß sich überall die Raumverhältnisse von selbst ergeben. Allgemein herrschte der Eindruck vor: Hier muß der Staat eingreifen, muß helfen, trotz der großen finanziellen Aufgaben, welche er zur Zeit an den Universitäten Freiburg zu lösen hat.

Dies sagte denn auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Staatsrat Dr. Marum, bei dem nachherigen Mittagessen auf der Mollenkur, nachdem Oberbürgermeister Dr. Wals die Landtags- und Regierungsvertreter begrüßt hatte, zu, soweit der Haushaltsausschuss in der Lage sei, sein persönlicher Eindruck sei der, daß er erschüttert sei von all dem, was er gesehen habe. Es sei höchste Zeit, diese Zustände zu ändern. Für die kulturellen Aufgaben der Universitäten müsse der Staat Geld haben; es (Marum) sei Unitarier aber das belenne er, Heidelberg darf nicht Reichsuniversität werden! Das badische Parlament muß hier leisten, was nur irgendwie angängig ist. Der Kultus- und der Finanzminister, welche Herren ja selbst alles mitangesehen hätten, würden sicher alles tun, um die beklagten Mißstände, wenigstens zunächst teilweise, abzustellen. Die Herren Professoren dürften andererseits, wenn der Staat hilft und eingreift, nicht vergessen, daß die Universitäten die Aufgabe haben, die künftigen Staatslenker und Staatsbeamten für den neuen Staat heranzuziehen, daß die Universitäten Teile dieses Staates sind und von dem Geiste des Zuverlässigkeit und Anhänglichkeit an das neue Staatswesen erfüllt sein müssen. In dem Geben und Nehmen zwischen Landtag, Regierung und Universität vollziehe sich der große notwendige Ausgleich.

Nach dem Mittagessen beschäftigten die Vertreter des Landtages mittels Autos noch das Mittelstands-Sanatorium Speyerer Hof, das im Ausbau begriffen und eine Erholungsstätte ersten Ranges wird. Hier gab Prof. Dr. Franke die nötigen Erläuterungen. Ein Teil der Abgeordneten sah sich

Mit der Beilage: 32. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

dann noch das bekannte Heim des badiſchen Kruppſchiffbauvereins in Hohenbach, das unter der Leitung des Prof. v. Reyer ſteht, an.

In den Abendſtunden lehrten Regierung und Landtag in ihrer Heimatsorte zurück. Die Beſichtigung hat im allgemeinen wiederum ergeben, daß die Beſchlüſſe im Parlament um ſo leichter und zweckmäßiger gefaßt werden können, je beſſer die Abgeordneten orientiert ſind. Dazu hat der Beſuch des Hauſhaltsausſchusses in Heidelberg beigetragen.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 30. Juni.

Auf der Tagesordnung ſteht die 2. Beratung des von den Demokraten und Sozialdemokraten beantragten Geſetzesentwurfes, der die Verlängerung des Sperrgeſetzes für Fürſtenabfindungsprozeſſe bis zum 31. Dezember 1927 erreichen will. Der Ausſchuß hat der Verlängerung mit 15 gegen 11 Stimmen zuſtimmt, alſo nicht mit der für verfaſſungsändernde Geſetze erforderlichen Mehrheit. Die Frage, ob das Geſetz verfaſſungsändernd ſei, iſt im Ausſchuß nicht erörtert worden.

Abg. Dr. Nojenfeld (S.) weist darauf hin, daß trotz der intenſivſten Vermittlung der Reichsregierung in vielen Fällen die Verſtändigung der Länder mit den früher regierenden Fürſtenhäuſern nicht zuſtandgekommen ſei.

Abg. Neubauer (Komm.) führt aus, die Schwäche der deutſchen Republik ſei durch die Laſtſache gekennzeichnet, daß ſie ſich in den acht Jahren ihres Beſehens nicht der Sphäre der Fürſten erheben konnte. Die Reichsregierung habe ſich durch ihre Ablehnung des Sperrgeſetzes ganz unabweislich auf die Seite der Fürſten geſtellt.

Abg. v. Nichteſen (Dem.) befürchtet vom Ablauf des Sperrgeſetzes die Wiederkehr der langjährigen Auseinanderſetzungsprozeſſe, während die Verlängerung die künftige Wirkung haben würde, daß die Vergleichsverhandlungen fortgeführt werden können.

Abg. Kube (Nationalſoz.) lehnt die Verlängerung des Sperrgeſetzes ab, weil dieſes Geſetz ein Ausnahmegeſetz gegen eine beſtimmte Gruppe von Staatsbürgern ſei.

Damit ſchließt die Ausſprache. Bei der Abſtimmung wird der Geſetzesentwurf gegen die Deutſchnationalen, Deutſche Volkspartei, Bayeriſche Volkspartei und einigen Mitgliedern der Wiſſchaftlichen Vereinigung angenommen. Die 3. Beratung mit der namentlichen Abſtimmung wird bis zum Schluſſe der Sitzung zurückgeſtellt.

Es folgt die 2. Beratung des Geſetzesentwurfes über die Verzinſung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundſchulden ſowie über Vorzugsrenten.

Rechtsjuſtizminiſter Dr. Hergt weist darauf hin, daß der Rechtsauſchuß in ſeiner Beratung über die Regierungs- vorlage hinausgegangen und ſehr wertvolle Verbeſſerungen für die Gläubiger beſchloſſen habe. Die Reichsregierung ſei damit einverſtanden, müſſe aber erklären, daß damit die Grenze des Möglichen erreicht iſt.

Abg. v. Guérard (Z.) verleiht eine längere Erklärung der Regierungspartei, die ſich mit denen der Reichsregierung deckt. Die Regierungspartei ſeien weiter beſtrebt, die Härten der Aufwertungsgeſetzgebung nach Möglichkeit auszugleichen.

Abg. Dr. Jürſſen (Wirt. Ver.) erklärt gleichfalls, daß eine Änderung des Grundſatzes der Aufwertungsgeſetzgebung ſchwere wiſſchaftliche Erſchütterungen heraufbeſchören würde. Die Wiſſchaftliche Vereinigung werde darum alle Abänderungsanträge ablehnen.

Abg. Keil (S.) richtet Angriffe gegen die Regierung. Er empfiehlt verſchiedene Verbeſſerungsanträge für die Gläubiger.

Die Beratung wird dann abgebrochen.

Darauf wird in dritter Beratung über die Verlängerung des Sperrgeſetzes für die Fürſtenabfindung die namentliche Abſtimmung vorgenommen. Dabei werden für die Verlängerung des Geſetzes 233 und gegen 167 Stimmen abgegeben. Zwei Abgeordnete haben ſich der Stimme enthalten. Dagegen haben die Deutſchnationalen, die Deutſche Volkspartei, die Bayeriſche Volkspartei, die beiden völkſchen Gruppen und die Deutſch-Hannoveraner, dafür die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommuniſten, Wiſſchaftspartei und Zentrum geſtimmt. Die Zentrumsmiſtrier Dr. Marx, ſowie Dr. Brauns haben an der Abſtimmung nicht teilgenommen.

Präſident Lobe ſtellt feſt, daß die für verfaſſungsändernde Geſetze erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht iſt. Da aber in der Einleitung des Geſetzesentwurfes ausdrücklich vermerkt iſt, daß die Erforderniſſe verfaſſungsändernder Geſetze erfüllt ſein ſollen, ſei der Geſetzesentwurf trotz der einfachen Mehrheit tatſächlich abgelehnt (Wirkung links).

Um 17 1/2 Uhr verläßt ſich das Haus auf Freitag 14 Uhr Fortſetzung der Aufwertungsgeſetzgebung. Kommuniſtiſche Amneſieanträge.

Rechtsinnenminiſter von Krenkel hatte heute vormittag im Reichstag eine Beſprechung mit Abgeordneten der Regierungspartei über die Geſtaltung des Reichſchulgeſetzes.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages

In dem Arbeitsprogramm des Reichstages herrſcht über das Reichsrahmengeretz zur Schulfrage noch keine volle Klarheit. Es iſt laut „Täglicher Rundſchau“ wohl nicht mehr damit zu rechnen, daß der Entwurf noch vor der Sommerſitzung des Reichstages zur Beratung gelangt. Er wird aber ſo ſchnell als möglich vom Reichskabinet verabſchiedet und dem Reichsrat zugeleitet werden. Ob das Liquidationsſchadengeſetz den Reichstag im Laufe der Tagung beſchäftigen wird, iſt noch unſicher. Offen iſt noch die Deckungsfrage, die nach Anſicht des Reichsfinanzminiſters erſt geklärt werden muß, ehe der Entwurf dem Parlament zugeht. Die Regierungs- parteien treten für mögliche Beſchleunigung ein. Das Geſetz über die Arbeitsloſenverſicherung wird vorauſſichtlich noch im Laufe der kommenden Woche verabſchiedet werden. Die Zolltarifvorlage wird am kommenden Montag im Reichstags- plenum in erſter Leſung behandelt werden.

Der Rechtsauſchuß des Reichstages beſchäftigte ſich mit dem von den Kommuniſten beantragten Geſetzesentwurf über die Gewährung von Straffreiheit für alle wegen Verbrechen und Vergehen abgeurteilten Perſonen. Ausgenommen von der Amneſie ſollen nur Perſonen ſein, die ſich an Mordeaten oder Mordverſchwörungen der Schwarzem Reichsmehr, der Organſation Conſul oder der Bayeriſchen Einwohnerwehr als Täter, Anſtifter, Geldgeber uſw. beteiligt haben. — Der Ausſchuß hat ſich ſchon früher mit dem kommuniſtiſchen Entwurf beſchäftigt und in einem Beſchluß des Reichsjuſtiz- miniſteriums um Material über die Beſprechung des Reichsgerichts in Hochverratsſachen erſucht. Dieſem Erſuchen iſt das Miniſterium durch Vorlegung einer Denkschrift ge- folgt.

Eodann iſt im Rechtsauſchuß von den Regierungspartei- en folgende Entſchließung eingebracht worden: „Die Reichs- regierung wird erſucht, 1. eine wohlwollende Prüfung anzuſtellen, ob im Gnadenwege in noch weiterem Umfange als bis- her Juſtizausſtrafen gemildert werden können, die vor In- tritttreten des Geſetzes vom 8. Juli 1926 auf Grund der ur- ſprünglichen Faſſung des § 7 des Republikſchutzgeſetzes ver- hängt worden ſind. 2. Nach wie vor auf eine Beugung ſolcher politiſchen Gefangenenerhörungen hinzuwirken, die inſolge von Unſicherheit oder Verſäufung oder dergl. zu ihrem ver- brecheriſchen Tun gekommen ſind.“

Die kommuniſtiſchen Anträge wurden abgelehnt. Der ſo- zialdemokratiſch-demokratiſche Ergänzungsantrag wurde gegen die Deutſchnationalen angenommen. Mit dieſer Ergänz- ung wird die Entſchließung der Regierungspartei bei Stimmenthaltung der Deutſchnationalen und Kommuniſten an- genommen. Hierauf verläßt ſich der Ausſchuß auf Freitag.

Der Wiſſchaftliche Ausſchuß des Reichstages wird die Be- ratung des Schankſtättengeſetzesentwurfes, der ihm vor einigen Tagen überwiesen wurde, nicht mehr vor den Ferien in Angriff nehmen.

Internationaler Handelskammerkongreß. Die Kongreßteil- nehmer wohnten am Donnerstag nachmittag der Sitzung des Schiedsgerichts der internationalen Handelskammern bei. Es wurden drei Entſchließungen vorgeleſen, welche von dem Schiedsgericht angenommen worden ſind. Die erſte Entſchlie- ſung ſieht vor, daß alle Induſtriellen, Kaufleute und Ban- kiers in ihren Kontrakten beſtimmen ſollen, daß alle Mei- nungsbeſchiedenheiten, die durch die Kontrakte verurſacht werden, nach dem Reglement der Schiedsgerichts der in- ternationalen Handelskammern beigelegt werden ſollen. Die zweite Entſchließung gibt der Befriedigung des Schieds- gerichts Ausdruck, daß der 4. Kongreß der internationalen Han- delskammern dem revidierten Text des Reglements des Schiedsgerichts zuſtimmt hat. Die dritte Entſchließung be- ſagt, daß das Schiedsgericht die Mandate des Exekutiv- komitees erneuert hat.

Geheimnißvoller Tod eines Finanzmannes. In Finanzt- reifen der City von London herrſcht über den geheimnis- vollen Tod des Millionärs und Finanzmannes Jakob White, der tot in ſeinem Landhauſe aufgefunden wurde, große Er- regung. Dem ärztlichen Befunde zufolge iſt der Tod durch eine zu große Doſis eines Schlafpulvers herbeigeführt wor- den. White hatte außerordentlich weitverzweigte Geſchäfte, inbeſondere im Abhandeln. Er war u. a. auch an der Con- trolled Oil Field Co. intereſſiert, und es wird angegeben, daß ihm eine Gauſſelſpekulation in dieſer Geſellſchaft miß- lungen ſei. Die Anteile dieſer Geſellſchaft wurden heute zu Beginn der Effektenbörfen niedriger gehandelt.

Ehrenbürgerſchaft für Prof. Liebermann. Der Maſſitrat von Berlin hat beſchloſſen, dem Vater, Prof. Max Lieber- mann, zu ſeinem 80. Geburtstage die Ehrenbürgerſchaft der Stadt Berlin zu verleihen.

Die Frage der Offestungen vor dem Unterhaus

Im Unterhaus fragte Sie Frederic Hall (Konſervativ) den Staatsſekretär des Außen, ob die Regierung die Einladung der deutſchen Behörden an die militäriſchen Sachverſtändigen der früher in der S.M.A. vertretenen Mächte zur Beſichtigung der Verſtärkungsarbeiten an beſtimmten Unterſtänden in den deutſchen Offestungen anzunehmen gedenke, und ob ein Bericht über das Ergebnis einer etwa in Ausſicht genom- menen Beſichtigung, ſobald er in London eingegangen ſei, dem Unterhaus unterbreitet werden würde. — Lord Rampion erwiderte: Ich höre, daß General v. Paweſz, der die deutſche Regierung in dieſer Angelegenheit vertritt, jezt eine formelle Einladung für einen oder zwei alliierte Militärſachverſtändige hat ergehen laſſen, damit dieſe ihn auf ſeiner Reiſe zur Beſichtigung derjenigen Beſtimmungen an der deutſchen Off- grenze begleiten, über deren Herſtaltung zwiſchen der deutſchen Regierung und den in Betracht kommenden alliierten Regie- rungen im Januar eine Vereinbarung getroffen wurde. Dieſe Einladung iſt offiziell zur Kenntnis genommen worden und die in Verbindung mit dem geplanten Beſuch ſtehenden Vor- bereitungen unterliegen gegenwärtig der Beratung. Ich bin zur Zeit nicht in der Lage, mitzuteilen, welche Entſchei- dung über die Unterbreitung eines Berichtes an das Unter- haus getroffen werden wird.

Der norwegiſche Miniſterpräſident zum Welt- fieden

Der norwegiſche Miniſterpräſident Lyſle gab zu Ehren des Reichsaußenminiſters Dr. Streſemann und Gemahlin ein Frühſtück, bei dem u. a. der deutſche Geſandte Dr. Rhombert, der ſchwediſche Geſandte Doeyer, ſowie zahlreihe Mitglieder der Regierung, des Nobelkomitees und andere mehr teil- nahmen. Miniſterpräſident Lyſle hielt eine Rede, in der er u. a. ausſührte, daß er glaube, ſagen zu können, daß das norwegiſche Volk die gute Verteilung des Nobelſtiefens- preiſes mit großer Zufriedenheit aufgenommen hat, da man ſich hier allgemein der Idee anſchloß, ſeine Hoffnung und Bewunderung den Männern zu bezeugen, die an verantwor- tungsvoller Stelle mit allen Kräften daran arbeiten, den Weltfrieden zu befeſtigen. Die jahrhundertelangen Beziehun- gen zwiſchen dem norwegiſchen und dem deutſchen Volke bringen es mit ſich, daß die Beſtrebungen der deutſchen Re- gierung, die darauf hingingen, wiſſchaftliche Arbeitsmöglich- keiten und den allgemeinen Wohlſtand im deutſchen Volke zu fördern, mit großem Intereſſe und Bewunderung ver- folgt werden. Miniſterpräſident Lyſle ſchloß mit einem Hoch auf Dr. Streſemann und das deutſche Volk.

Kurze Nachrichten

Die Berliner Beſprechung über die Rheinbrückenfrage. Aber die dieſer Tage im Reichsverkehrsminiſterium ſtatte- fundene Beſprechung in der Rheinbrückenfrage wird von der zutünftigen Stelle mitgeteilt, daß es ſich um eine interne be- hördliche Beſprechung informatoriſcher Art gehandelt habe, über welche nichts veröffentlicht wird.

Dr. Güener auf der Fahrt nach Südamerika. Dr. Güener hat in Begleitung des Kapitänsleutnants Flemming mit dem Dampfer „Cap Polonia“ die Reiſe nach Südamerika angetre- ten, um Verhandlungen über die geplante Luftſchiffahrts- linie Sevilla—Buenos Aires zu pflegen.

Menschenknochen im Landesausſtellungsparc in Berlin. Bei Erarbeiten im Landesausſtellungsparc am Lehrter Bahnhof in Berlin wurden in der vergangenen Nacht Menschenknochen gefunden. Bis jezt ſind ſieben Schädel und die übrigen Knochen menſchlicher Geſtalt gefunden. Die Kriminalpolizei iſt mit der Unterſuchung der Funde beſchäftigt. Man ver- mutet, daß es ſich um Perſonen handelt, die bei den Spar- taſtampfen ums Leben gekommen ſind.

Chamberlain und Levine ſind am Freitag mittag in Paris gelandet.

Das Unwetter in Oberitalien. Das Unwetter, das am Montag in der Gegend von Biella wütete, hat einen Schaden von 15 Millionen Lire verurſacht.

Weiterbericht der Landeswehrmarie Karlsruhe. Baden hatte geſtern auf der Vorderſeite der nunmehr langſam in nordöſtlicher Richtung ziehenden Biſcaya-Chlone noch vor- wiegend heiteres, trodenes und warmes Wetter. Stellen- weise ſam es noch am Nachmittag und in der letzten Nacht zu vorübergehender Bewölkung, auch traten vereinzelt Gewitter auf. Bei weiterer Ausbreitung des Tiefdruckgebietes über das Geſtland iſt für die nächte Zeit mit vorwiegend trüber Bitterung zu rechnen. Inbeſondere ſtellt auf der Rück- ſeite des Wirbels eingebrungene Kaltluft bei uns Abkühlung und Gewitterregen in Ausſicht. Wettervorherſage für Sam- stag, den 2. Juli: Kühlere Bitterung, meiſt wollich mit Ge- witterregen.

Der Diktator

Erſtaufführung am badiſchen Landesſtheater

Kurz vor Loreſchluß dieſer Spielzeit hat man nun noch eines der Stücke aus der Revolutionsliteratur zur Auffüh- rung gebracht. Ob es ſich bei dem „Diktator“ von Jules Romains wirklich auch um ein künſtleriſch gewichtiges Schau- ſpiel handelt, wird immer noch beſtritten. Selbſt in einer ſo guten Aufführung, wie ſie von Ulrich von der Trenk inſzeniert wurde, empfindet man ſehr ſtark, daß in dem Stück immer nur geredet wird und ſehr wenig geſchieht. Freilich iſt eine erhebliche, ruckweiſe einſehende Spannung gegeben und ſind die Dialoge außerſt geiſtreich, ja oft eben zu ſehr nur parlamentariſcher Konverſation angemessen und für den, der in erſter Linie künſtleriſchen Genuß ſucht, ent- fremdend. Dem politiſchen Laien wird ein Anſchauungs- unterricht erteilt, wie ſich eine Revolution auswirken kann. Es iſt nicht etwa das Schulbeispiel für jede Revolution, wenn auch Typen darin untergebracht ſind, die in jeder Revolution vorkommen können, ſondern es handelt ſich um ein Beſpiel, wie die Revolution ſich geſtaltet, wenn ſie eben von dieſen Typen inſzeniert wird. Im Mittelpunkt ſtehen die Freunde Denis und Ferral, die der revolutionären Partei angehören. Sie ſind trotz der zwanzigjährigen, aus der Jugendzeit ſtam- menden Freundschaft die gegenſätzlichen Revolutionstypen, die vorkommen. Ferral erſcheint als der beruſsmäßige Poli- tiſter. Er kämpft langverfolgte Programme mit einer ge- wiſſen Überlegenheit und einer finſteren Ruhe durch. Er kann den geeigneten Augenblick zur Tat abwarten. Seine Politik gilt der Partei. Denis iſt der tatkräftigere. Er hat im Parlament eine Rede gehalten, auf die hin das Mini- ſterium zur Abhandlung gezwungen war. Damit iſt das Sig- nal zur Revolution gegeben. Denis iſt ſich der Verantwort- ung bewußt. Er nimmt das Steuer in die Hand. Die Er- eignisse überſtürgen ſich jedoch. Streiks ſind ausgebrochen. Denis fühlt den neu gewonnenen Boden unter ſich zittern. Er wankt jedoch nicht und trifft Schlag auf Schlag ſeine Maßnahmen wie ein geborener Herrſcher. In ihm vereinen ſich die Zuleitungen zu allen Mächten im Reich. Er lenkt mit einem Wort die Eiſenbahnen, die Verſorgung der Städte mit Lebensmitteln und das Militär. Wie ein Kaiſer über-

kommt ihn das Bewußtſein, was es heißt, an der Spitze des geſamten Staatslebens zu ſtehen. Die Ereigniſſe nötigen ihn zur kurzſchloſſenen Tat. Er ſichert dem ohne irgend einen Gewaltakt zur Seite gedrangenen König den Schutz des Staates zu und läßt ſich das Dekret zur Diktatur geben. Das vollzieht ſich alles ohne große Phraſe in kalter Ver- nunftigkeit; ſo wie man die Revolution auch ſets tatſächlich abgeſpielt hat. Denis iſt durch die Schritte, die er aus- führen mußte, ganz von ſeinem Freund abgerückt. Ferral konnte ihm auf dem Weg zur Diktatur nicht folgen. Er will gegen ihn; doch es iſt zu ſpät, die Verfaſſung erſolgt, um den Schutz des Staates willen. Damit ſchließt das Stück. Es behandelt nur den Aufſtieg zur Diktatur und läßt die Frage nach ihrem Schickſal offen, die ja auch nichts mehr mit der nach ihrer Notwendigkeit zu tun hat. Trotz der ſeinen Dialoge nimmt ſich das Gegeneinander der Freunde etwas ſtraf und gewaltſam aus. Hinter dem Typiſchen bleibt das Menſchliche doch immer noch zu ſehr verborgen. Man reht da und dort davon, aber die ſpähtigen Funken finden keine Nahrung und erlöſchen bald. So iſt dem Schauſpiel eine gewiſſe Kälte, eben das Schulbeispielmäßige, nicht abzuſpre- chen, ſo angenehm es auf der andern Seite berührt, daß die reine Phraſe vermieden iſt. Wirklicher Ernst übt ſeine Macht aus. Die nabeltiegende Satire iſt ſo feſt im Stoff- lichen eingebettet, daß ſie ſich vor grotesken Auswüchſen hütet. Die politiſche Stellungnahme bleibt offen. Das alles ſind Eigenſchaften des Stückes, die man gegen die Einwände abwägen muß, um ſeine Dualität richtig einzuschätzen.

Die Aufführung erfreute durch eine erheblichen Tempera- tur, die ſich der Schauspieler ſelbſt bei erheblichen Tempera- turausbrüchen aufregele. Das verlangte ſchon der Dialog, der nicht geringe Schwierigkeiten bereite. Paul Dietl hatte die Hauptrolle, den Diktator Denis. Er gab der Geſtalt das von ihm bekannte große Format und ſchöpfte ſie bis in alle Möglichkeiten aus. Seine natürliche Erſcheinung genügte als Maſke; man hätte ſogar die Scheinwerferbeleuch- tung ſie und das etwas dümpeln dürfen, ohne dem kranken Gegenſatz, in dem er zu ſeinem Freunde Ferral ſtand, Einbu- ße zu tun. In kluger Ökonomie ſparte er ſich die Haupt- wirkung auf den Schluß auf, wo er als Diktator allein ſteht. Man erlebte tatſächlich eine Erſchütterung von der geahnten

splendid isolation, in die er hineingeriet. Der Ausklang war das Bewußtſein der Tragik der Diktatur, ein mächtiger Effekt. Stefan Dahlen gab dem Ferral die finſtere Miene des Politikers, der von ſeiner Partei nicht loſkommt, der voll Mißtrauen und ſchlechten Erfahrungen ſteht und dem Hoch gegen den Freund einen fetten Nährboden bietet. Waldeemar Leitzgen ſchloß ſich offenbar in der Rolle des jungen Königs recht wohl. Er gab der Geſtalt recht ſympathiſche Züge und wahrte auch in ihrer Unfähigkeit eine elegante Form mit ſowohl menſchlichen Vorzügen, daß man wohl verſtehen konnte, wie der Diktator überſetzt iſt, in dem König mehr Menſch- lichkeit zu finden, als er erwarten zu dürfen glaubte. Die Königin verkörperte Frau Ermarth mit der ihr eigenen Ge- wandtheit, beherrſcht bis in jede Bewegung. Fräulein Moeck als Geliebte des Denis und Fräulein Rademacher als die Frau des Ferral hatten auch dieſen wenig ergebnisvollen Rollen eine ſorgfame und ſenſibel eindrucksvolle Behandlung zu- kommen laſſen. Zu nennen wäre noch Brand in einer guten Type als Wirt. Edder brachte den ſcharmanten und ver- ſchämten Grafen Rurren zu ſein pointierter Wirkung. Ferner zeigten ihre bewährte Haltung Marie Güener und die Herren Gemme, Herr, Müller, Schneider, Kloebe uſw. Bei dieſer Beſetzung mußte die gute Aufführung zuſande- kommen, die lebhaften Beifall fand.

J. B. Gerlich.

Scheffels Briefe. Als Jahresgabe 1927 verteilt der Deut- ſche Scheffelbund die erſtmalig vollſtändige Veröffentlichung der Briefe Scheffels aus Södingen ins Elternhaus 1850/51. Herausgeber des Buches iſt Dr. Wilhelm Jentner, München. Bekannt und hochgeſchätzt waren ſchon biſher die von Proſch publizierten hieben Södingen Epſteln. Proſch waren aber die nicht unmittelbar für die Veröffentlichung beſtimmten Briefe nicht zugänglich geweſen und gerade dieſe ſind es, die für die innere Lage des Dichters in jener Zeit beſonders be- deutſam ſind und darüber hinaus einen Einblick geben in die Haltung weiter Kreiſe des Deutſchen Volkes nach dem ergeb- niſſenloſen Ausgang des Frankfurter Parlaments im Jahre 1848. Das Buch wird den Mitgliedern des Bundes koſtenlos zugehen ſind an den Buchhandel nicht ausgegeben werden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

36. Sitzung

D. B. Karlsruhe, 1. Juli.

Der Beginn der Vormittagsitzung verzögerte sich um eine Stunde, da zuvor Verhandlungen in den Ausschüssen stattfanden.

Präsident Dr. Baumgartner gab den Eingang zahlreicher neuer Anträge zum Landtagswahlgesetz bekannt.

Auf Vorschlag aus dem Hause wurde eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen und zunächst der Gesetzentwurf über einen Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse, sowie für eine Änderung des Lotteriegesezes verabschiedet.

Den Bericht erstattete Abg. Seibert (Ztr.). Die preussisch-süddeutsche Klassenlotterie wird zu einem Gemeinschaftsunternehmen und die süddeutschen Regierungen erhalten einen größeren Einfluss in der Leitung der Lotterie.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Bod (Komm.) wurde die Vorlage mit allen gegen 4 kommunistische Stimmen in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des

Nachtrages zum Staatsvoranschlag für 1926/27.

Auf eine Generaldebatte wurde verzichtet.

Abg. Freidhof (Soz.) berichtete über die Anforderung von 20.000 M für eine moderne Fernsprechanlage im Landtagsgebäude. — Die Summe wurde bewilligt.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Würg. Vergg.) äußerte sich als Berichterstatter über die Nachtragspositionen des

Justizministeriums.

Das Wichtigste dabei ist die Neuorganisation der Arbeitsgerichte. Die Fürsorgezweckung erfordert einen Mehraufwand von 265.000 M.

Abg. Bod (Komm.) hat kein Vertrauen zu den Richtern, in deren Hände man das Arbeitsrecht legen wolle. Er lehnt die Position für die Arbeitsgerichte ab und fordert Arbeiterkammern.

Abg. Heurich (Ztr.) führte aus: Im Gegensatz zur Auffassung des Abg. Bod sehen die Arbeiter in den Arbeitsgerichten eine wertvolle Entwicklung des Arbeitsrechts. Es ist nicht richtig, daß die Richter samt und sonders arbeiterfeindlich eingestellt wären.

Abg. Häder (Soz.) stellt fest, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte schnell und billig gearbeitet und die schwierigen Prozesse in einer Weise durchgeführt hätten die Anerkennung verdienen. Die Richter hätten sich stets neutral und objektiv verhalten. Trotz alledem stellten die Arbeitsgerichte einen großen Fortschritt dar: In ihnen zu wirken, sehe ich ein hohes Maß von Erfahrung voraus. Man verfolge die Arbeitsrichter mit einschlägiger Literatur. Auch darüber müsse man sich freuen, daß das Laienelement in allen Instanzen, bis zum Reichsarbeitsgericht zugezogen ist. Die Unterrichtskurse für die Richter würden zweckmäßig von den Gewerkschaften veranstaltet. Mit dem Vorredner trat der Redner dafür ein, daß die Regierung bald die nötigen Mittel für die Kurse flüssig macht.

Abg. Ledtner (Komm.) ist grundsätzlicher Gegner der Zwangsgerichte.

Abg. Marckhoff (Soz.) machte darauf aufmerksam, daß Arbeiterkammern als Faktor der Rechtsprechung nicht in Frage kommen können. Auch er hat in 18-jähriger Tätigkeit als Gewerkschaftsführer bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten keinen Richter gefunden, der sich nicht objektiv und neutral verhalten hätte. Man dürfe nicht verallgemeinern.

Abg. Kühn (Ztr.) trat der Ansicht der Kommunisten entgegen, als ob zu viel Fürsorgezweckung getrieben werde. Bei den Fürsorgemaßnahmen würde mit dem größten Ernst und vorsichtig zu Werke gegangen. Es finde auch eine Nachprüfung darin statt, ob im einzelnen Falle Zwangsmaßnahmen weiterhin notwendig sind. Im Reichswahlgesetz steht bei der Redner eine große Erregung.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) bemerkte zur Geschäftsordnung: Es besteht die Gefahr, daß man in eine zweite Lesung des Staatsvoranschlags im Plenum verfallt. Unter solchen Umständen werden wir weit in den August hinein tagen müssen.

Abg. Schred (Komm.) lehnt die Zwangsgerichte als einen Eingriff in das Elternrecht ab und macht heftige Ausführungen wegen Einzugs der Justizgefälle.

Bei der Abstimmung kam es zu einem erregten Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten und den Kommunisten.

Abg. Dr. Schäfer (Ztr.) erklärte zur Geschäftsordnung, daß das Haus nicht gewillt sei, sich von vier Herren terrorisieren zu lassen. (Rebhafte Zustimmung im ganzen Hause.)

Die einzelnen Positionen wurden bewilligt.

Es folgte die zweite Lesung der Vorlage über die vierte Änderung des

Landtagswahlgesetzes.

Berichterstatter Abg. Dr. Engler (Soz.) schlägt auf Grund eines Antrages der Regierungsparteien, der im Verfassungsausschuß Zustimmung gefunden hat, u. a. vor: § 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Die Kreiswahlvorschläge müssen die Erklärung enthalten, für welche Partei oder Wählergruppe sie eingereicht werden. In einem Wahlkreis darf für eine Partei oder Wählergruppe nur ein Kreiswahlvorschlag eingereicht werden. In jedem Kreiswahlvorschlag müssen mindestens zwei Bewerber vorgeschlagen werden.“

In § 3 Absatz 5 ist als erster Satz zu setzen: „Auf je 10.000 Stimmen oder einen Wahlkreis von mehr als 7500 Stimmen entfällt ein Abgeordneter.“

In § 3 Absatz 6 soll der zweite Satz heißen: „Zu Abgeordneten werden die Bewerber nach ihrer Reihenfolge in den Kreiswahlvorschlägen berufen.“

In die Schlussbestimmungen ist in § 25 folgender Absatz 2 aufzunehmen:

„Für die auf Grund der Landtagswahl 1925 im Landtag vertretenen Parteien und Wählergruppen tritt die Vorschrift des § 3 Absatz 3 dieses Gesetzes erst bei der übernächsten Wahl in Kraft.“

Abg. Dr. Oskirder (D. Vpt.) verlas eine Erklärung seiner Partei, wonach diese davon absteht ihre bisherigen oder neue Anträge zu stellen. Das begründete Ziel, Wähler und Abgeordnete in nähere Beziehungen zu bringen, wäre zu erreichen gewesen in Verbindung mit der Landesliste oder Wahlkreisverbänden. Nicht die Annäherung, sondern die Entfremdung werde die Folge des Gesetzes sein. Nur die Zentrumspartei habe etwas erreicht.

Abg. Bod (Komm.) polemisierte gegen die Sozialdemokraten, mit deren Hilfe das Zentrum seine Macht stärkte.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Würg. Vergg.) erklärte das kleine Entgegenkommen gegenüber den Wünschen seiner Fraktion werde vielleicht den einen oder anderen Abgeordneten auf

seiner Seite veranlassen, sich der Stimme zu enthalten. Im übrigen hätte man die Reden gegen das Gesetz nicht ausreden können und man werde es deshalb ablehnen.

Die Frauenabg. Siebert (Ztr.) und Fischer (Soz.) sind der Überzeugung, daß, was ihre Parteien anlangt, auch in Zukunft die Frauen im Parlament vertreten sein werden.

Damit ist die Aussprache beendet. Bei der zum Teil namentlichen Abstimmung fanden die einzelnen Artikel und Paragraphen in der Fassung der ersten Lesung mit obigen von den Regierungsparteien beantragten Änderungen Annahme. Das ganze Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung bei 68 (von 72) anwesenden Abgeordneten mit 42 gegen 28 Stimmen bei 3 Enthaltungen in 2. Lesung angenommen. Dafür stimmten Zentrum und Sozialdemokraten geschlossen, dagegen die Deutsche Volkspartei, der größte Teil der Bürgerlichen Vereinigung, die Demokraten und Kommunisten, während sich 3 Abgeordnete der Würg. Vereinigung der Stimme enthielten.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zum Reichsschulgesetz.

Der Antrag des Zentrums, die Abstimmung bis zur Vorlage des Reichsschulgesetzes überhaupt zu verschieben, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der weitestgehende kommunistische Antrag auf Einführung der weltlichen Einheitschule wird mit 49 gegen 4 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen (der Soziald.) abgelehnt.

Der sozialdem. Antrag, dafür einzutreten, daß der gemäß Artikel 146 der Reichsverfassung der Gemeinschaftsschule gebührende Vorrang vor der Bekenntnisschule und Weltanschauungsschule gewahrt wird, wurde mit 87 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschen Volkspartei bei Stimmenthaltung der 4 Kommunisten abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung fällt der Zentrumsantrag, die Regierung möge sich im Reichsrat für Durchführung der Reichsverfassung einsetzen. Dagegen stimmten 41 Abgeordnete, dafür 27.

Darauf wurde der Antrag des Haushaltsausschusses in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 31 Stimmen angenommen. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

I. Die Regierung wird ersucht, bei der Erledigung des Reichsschulgesetzes bei der Reichsregierung und im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß

1. die Erhaltung der jetzigen badischen christlichen Simultanschule im Reichsschulgesetz gesichert wird,

2. wenn dies nicht erreichbar ist, das Reichsschulgesetz den Ländern, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, die Entscheidung über die Beibehaltung dieser Schule überläßt.

II. Sonstige Anträge werden für erledigt erklärt.

Gegen den Antrag stimmten geschlossen das Zentrum und die Kommunisten.

Nächste Sitzung nachm. 4 Uhr.
Schluß der Vormittagsitzung nach 3/2 Uhr.

Turnen, Spiel und Sport in Baden im Lichte der Statistik

B. A. Vor wenigen Jahren hat das Badische Statistische Landesamt in sämtlichen Gemeinden der Landes eine Sondererhebung über die Ausbreitung des Turnens, des Sports und Spiels im badischen Vereinsleben veranstaltet und die Ergebnisse dieser Umfrage im letzten hiesigen „Statistischen Jahrbuch für Baden“ (42. Jahrgang) veröffentlicht. Anlässlich der an den letzten Tagen eröffneten Deutschen Turn- und Sportausstellung in Karlsruhe hat das Statistische Landesamt auf Anregung des Badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege die frühere Erhebung auf Turn- und Sportplätze, Turnhallen und Bäder ausgedehnt. Aus dem überaus reichhaltigen Material, das in der Ausstellung in mehreren Karten dargestellt und veranschaulicht worden ist, seien einige wichtige Zahlen hervorgehoben:

Turn- und Sportplätze gibt es in unserem Land in 1039, d. i. rund zwei Drittel aller Gemeinden; 618 Gemeinden enthalten nach einem, wenn auch noch so kleinen, Sportplatz. Allerdings ist in den einzelnen Gemeinden die Größe des Sportplatzes verschieden. In 474 Gemeinden ist der Sportplatz noch nicht einmal 1.000 qm groß, in 259 Gemeinden beträgt er zwischen 1.000 bis unter 5.000 qm, in 166 Gemeinden schwankt er zwischen 5.000 bis 10.000 qm. Eine Fläche von über 50.000 qm weisen nur 12 Städte auf. Interessant ist die Feststellung, daß die Stadt Karlsruhe hinsichtlich der Größe der Sportplatzfläche mit 771.100 qm an der Spitze steht; dann folgt Mannheim mit 760.000, Freiburg mit 449.600, Heidelberg mit 270.000, Pforzheim mit 267.400, Konstanz mit 209.500 qm. Deutlicher wird das Bild, wenn man nicht von der gesamten Sportplatzfläche der Gemeinde ausgeht, sondern unterlegt, welche Sportplatzfläche in den einzelnen Gemeinden auf einen Einwohner entfällt. Es ergibt sich dann die Tatsache, daß von den 1039 Gemeinden, die im Besitze eines Sportplatzes sind, in 685 Gemeinden nur eine Fläche von 2 und weniger qm auf einen Einwohner entfällt. In 102 Gemeinden beträgt die auf einen Einwohner entfallende Fläche 2,1 bis 3 qm, in 352 Gemeinden 3,1 und mehr qm. Nur 50 dieser Gemeinden zeigen günstigere Verhältnisse insofern, weil in ihnen 10 und mehr qm Sportfläche auf einen Einwohner entfallen; davon entfallen 8 Gemeinden auf den Bezirk Karlsruhe, 7 auf den Bezirk Pforzheim und 5 auf den Bezirk Freiburg. In der Gemeinde Stadenhausen (bei Waldshut) entfällt auf einen Einwohner eine Sportfläche von rund 65 qm, in Schönen (bei Gernsbach) eine solche von 34, in Kirchdorf (bei Billingen) 31, in Au (im Murgtal) 27 qm.

Im ganzen wurden 1678 Turn- und Sportplätze festgestellt. Nur 120 davon sind im Eigentum von Vereinen. Gemeindegeneigt sind 1278 und der Staat ist Eigentümer von 102 Plätzen. 173 Plätze sind von privaten Besitzern gepachtet. In 796 Gemeinden findet sich je ein und in 211 Gemeinden je 2 Sportplätze. 3-9 Sportplätze befinden sich in 86 Gemeinden. Die größte Anzahl von Sportanlagen besitzen Mannheim und Karlsruhe mit 55 bzw. 61 Plätzen. In Heidelberg sind 24, in Pforzheim 28, in Konstanz 21 und in Freiburg 20 Turn- und Sportplätze.

Turnhallen gibt es in unserem Land in 280 Gemeinden; die Gesamtzahl der vorhandenen Turnhallen beträgt 396. Je eine Turnhalle gibt es in 192 Gemeinden, je zwei in 21, je drei in 5 usw. Selbstverständlich nimmt mit Steigen der Einwohnerzahl einer Gemeinde auch die Zahl der Turnhallen zu. In Heidelberg beträgt die Zahl der vorhandenen Turnhallen 12, in Pforzheim 16, Freiburg 17, Karlsruhe 28, Mannheim 43.

Sommerbäder gibt es in 192 Gemeinden; die Gesamtzahl der Sommerbäder beträgt 276.

Im Besitz von Schwimmhallen sind nur acht Gemeinden unseres Landes und zwar sechs Mannheim mit 3 Schwimmhallen an erster Stelle; Karlsruhe, Baden-Baden und Heidelberg besitzen je 2, Freiburg, Pforzheim, Donaueschingen und die Landgemeinde Reimen (bei Heidelberg) je eine.

Invalidenversicherung

Die bisherigen Bestimmungen über die Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung haben infolge Erhöhung der Renten und Erweiterung der Leistungen durch das Reichsgesetz vom 8. 4. 1927 eine wesentliche Änderung erfahren. Außerdem hat das Bezirksamt — Versicherungsamt für den Bezirk Karlsruhe Stadt und Land den Wert der Sachbezüge (freie Kost und Wohnung) auf 1.80 M täglich = 12.00 M wöchentlich erhöht. Für Versicherte mit freier Kost und Wohnung müssen künftig die diesen neuen Sätzen entsprechenden neuen Beitragssummen entrichtet werden. — Vergleiche die amtliche Bekanntmachung im heutigen Blatt. — Die neuen Beiträge gelten vom 27. 6. 1927 an. Die bisherigen Beitragssummen werden vom 1. 8. 1927, an nicht mehr ausgegeben, demnach müssen bei rückständiger Marktenhebung neue Marken verwendet werden. Rückständige Marktenhebung wäre im eigenen Interesse sofort nachzuholen.

Freiwillig Versicherte verwenden die ihrem Einkommen entsprechenden neuen Marken in der für sie zuständigen Wohnklasse weiter. Marken I. Klasse sind für freiwillige Beitragsversicherung unzulässig.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß für alle gegen Entgelt beschäftigten Aushilfen (Wäscher, Putzfrauen, Näherinnen, Aushilfskellnerinnen, Aushilfskellner, Verleger, Köchelpäder u. a.) auch wenn sie nur tag- oder stundenweise beschäftigt sind, die dem Entgelt entsprechenden Wochenbeitragsmarken zu kleben und zu entwerfen sind.

Auskunft erteilen das Kontrollamt Karlsruhe I der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserstraße 8, und die Gemeindebehörden. Merkblätter sind dort zu erhalten. Entsprechende Bekanntmachungen sind auch bei den Postämtern und Krankenkassen angeschlagen.

Reisender Einmiete- und Darlehensbetrüger

Zu der letzten Zeit ist in Baden und Württemberg ein Schwindler aufgetreten, der sich der Namen Karl Robert oder Willi Schmidt (Schmitt), Schneider aus Stuttgart oder Ulm, bedient. Er betreibt Zimmervermietungen dadurch, daß er angibt, er habe Arbeit bei einem Schneider im gleichen Ort gefunden, von dem Zimmervermietern Geld zur Einlösung seiner angeblich am Bahnhof stehenden Koffer leih und dann verschwindet.

Beschreibung des Schwindlers: 30-40 Jahre alt, mittelgroß, schlant, hellblonde lange zurückgelammte Haare, kurzgeschnittener Schnurrbart, graue oder blaue Augen, längliches Gesicht, lange Nase, breiter Mund, vollständige gelbe ungepflegte Zähne, weiße, gutgepflegte Hände, aufrechter Gang, schwäbische und hochdeutsche Mundart. Trägt blauen Anzug, blaugrauen Hut mit hellem Band, Gummihosen, schwarze Schnürschuhe.

Vor dem Schwindler wird gewarnt. Das Bad. Landespolizeiamt ersucht, bei Auftauchen des Schwindlers die Polizei oder die Gendarmerie zu verständigen.

Aus der Landeshauptstadt

Erdbeben. Die Seismographen der Erdbebenwarte im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute vormittag zwei Erdbeben. Der erste schwächere Stoß wurde um 0 Uhr 3 Minuten MZB aufgezeichnet. Die ersten Vorläufer der zweiten ziemlich heftigen Erschütterung erreichten um 9.22.7 Uhr die Station. Das Maximum der Bewegung erfolgte gegen 9.30 Uhr. Nahezu eine Stunde waren die Apparate in Bewegung. Der Seid des Bebens liegt in einer Entfernung von ungefähr 1800 Kilometer.

Badisches Landestheater. In der Neuenstudierung von „Delibes Ballett „Sylvia“, die am Samstag, den 2. Juli vorgeführt wird, sind die Solopartien wie folgt besetzt: Sylvia: Edith Bielefeld, Amor: Anni Heuser, Diana: Emmy Seiberlich, Orien: Hermann Brand, Aminta: Waldemar Leitzgeb, Endymion: Wilhelm Graf. — Am Sonntag, den 3. Juli wird zum letzten Mal in dieser Spielzeit Buciniss „Laska“ gegeben. An diesem Abend verabschiedet sich Kapellmeister Dr. Heinz Knoll, der aus dem Verband des Landes-theaters ausscheidet. Die Titelpartie singt wieder Wofje Jorbach vom Württembergischen Landestheater Stuttgart. — Anni Heuser, die erste Solotänzerin des Badischen Landes-theaters, die ihren hiesigen Wirkungskreis verläßt, um ein Engagement in Mannheim anzutreten, wird in der Vorstellung von „Carmen“ zum letzten Mal tanzen.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute beginnt im Konzerthaus die Wiener Operette ihr diesjähriges Gastspiel mit der Erstaufführung der großen neuen Operette „Der Erlow“ von Bruno Granichsclöden. Die großen Hauptrollen sind den beiden Gästen Uya Beyer vom Theater a. D. Wien, die diese Rolle dort mehrere hundert Mal spielte und dem hier bereits bekannten Tenor Willi Bahlke anvertraut. Die neue Ausstattung stammt von Pariser und Wiener Firmen, die neuen Dekorationen wurden in den eigenen Werkstätten gemacht. Zum erstenmal wird in diesem Werk eine Jagzappele auf der Bühne verwendet. Es empfiehlt sich Karten möglichst im Vorverkauf zu lösen, eventuell telefonisch unter Nr. 72602, weil die Vorstellungen sehr präzis beginnen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. B. Mannheim, 30. Juni. Heute mittag fand in feierlicher Weise die Grundsteinlegung für das neue Tuberkulosekrankenhaus statt. Erzbischof Frey, der gegenwärtig zur Firmung in Mannheim weil, vollzog den Beiseit mit einer Ansprache. Der Grundstein mit der Urkunde wurde in der Höhe des ersten Stockwerks eingelegt.

D. B. Eberbach, 30. Juni. Der Landesverein Badische Heimat veranstaltet vom 11.-14. Juli in Eberbach a. N. einen Heimatkurs, dem durch das 700-jährige Jubiläum der Stadt besondere Bedeutung zukommt.

D. B. Niederwasser, 30. Juni. Nunmehr sind die Ausbesserungsarbeiten der Tunnel im unteren Teil der Schwarzwaldbahnstrecke in Angriff genommen. Zwischen der Station Niederwasser und der Blockstelle Niederwasser verkehren die Züge bereits einseitig. Auch der Viadukt über die Gatach am ersten Rehrunnel wird umgebaut. Die Arbeiten für weitere Ausbesserungen, z. B. für den Obergiebtunnel wurden jetzt ausgeschrieben. Es handelt sich bei diesem und bei anderen Tunneln um ziemlich umfangreiche Arbeiten, die zusammen fast 3000 Kubikmeter Wöschung und Felsabtrag und rund 1000 Kubikmeter Mauerung umfassen. Inzwischen gehen die Arbeiten für den Umbau der großen Brücke bei Hausach rüstig vorwärts. Der obere Brückenteil ist bereits durch eine neue stärkere Konstruktion ersetzt.

D. B. Konstanz, 30. Juni. Im Alter von 58 Jahren ist in Interlaken der Besitzer und ärztliche Leiter der bekannten Kuranstalt „Konstanzer Hof“, Dr. Rüdiger gestorben. Er hatte die 1860 gegründete Nervenheilanstalt im Jahre 1906 von Hofrat Dr. Fischer übernommen und als früheres Konstanzer Wadepital hauptsächlich für Herz- und Zuckerkrankheiten ausgebaut. Er hat im Jahre 1918 die Einspritzung von Traubenzuckerlösungen in das Blut eingeführt und damit unendlich segensreich für die Menschheit gewirkt. Dr. Rüdiger war Assistent bei dem berühmten Mediziner Geheimrat Erd in Heidelberg.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	1. Juli		30. Juni	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.86	169.20	168.85	169.19
Kopenhagen 100 Kr.	112.88	112.90	112.86	112.88
Stallen . . . 100 S.	23.37	23.41	23.30	23.34
London . . . 1 Pf.	20.47	20.51	20.469	20.509
Reimsdorf . . . 1 D.	4.215	4.223	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.505	16.545	16.50	16.54
Schweiz . . . 100 Fr.	81.135	81.295	81.145	81.305
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.32	59.44
Prag . . . 100 Kr.	12.491	12.511	12.485	12.508

Erhöhung des Privatdiskonts. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten auf 6 Proz. erhöht.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 2. Juli bis 9. Juli 1927.

a) Im Landestheater:

Samstag, 2. Juli. Außer Miete. Th.-Gem. 1201—1400 und 3. S. Or. Neueinstudiert: Sylvia. Ballett von Jules Barbier und Merante. Musik von Delibes. 8—10 (7.—).
Sonntag, 3. Juli. * A 20. Th.-Gem. 901—1000. Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knoll: Tosca. Oper von Puccini. 7½—10 (7.—).
Montag, 4. Juli. Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen. Oper von Bizet. 7½—10½ (8.50).
Dienstag, 5. Juli. * C 30. Th.-Gem. 701—900 und 1101 bis 1200. Jubil. Ecce homo von Hebbel. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Mittwoch, 6. Juli. 9. Vorstellung der Schülermiete. Thomas Painé. Schauspiel von Hans Jost. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigehalten. 6½—8½ (5.—).

Donnerstag, 7. Juli. Volkshöhe 11. Solpene oder: Der Tanz ums Gelb. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Freitag, 8. Juli. Volkshöhe 11. Solpene oder: Der Tanz ums Gelb. Eine liebevolle Komödie von Ben Jonson. 7½ bis nach 10½ (5.—).
Parten jeder Blagattung sind für den allgem. Verkauf freigegeben.
Samstag, 9. Juli. * A 30. Th.-Gem. 1001—1100; 1401—1525 und 3. S. Or. Letzte Vorstellung vor den Ferien. Zum ersten Mal: Das Nürnbergische Ei. Schauspiel von Walter Hasencamp. 7½—10 (5.—).

Erste Vorstellungen nach den Ferien

Samstag, 3. September 1927: Florian Geuer von Gerhart Hauptmann.
Sonntag, 4. September 1927: Don Giovanni von Mozart.

Saison-Ausverkauf

Gewaltige Preisermäßigungen
in Saison-Artikeln unserer gesamten Lager.

Hervorragende Einkaufsgelegenheit
für den Sommer und die Reise

Prüfen Sie unsere Qualitäten und Preise

Schriftliche Bestellungen werden sofort erledigt

Geschw. Knopf KARLSRUHE

Unsere TEILZAHLUNG Saison-Ausverkaufs-Preise

- Mousseline-Blusen 95 Pfg.
- „ Kleider 1.60 Mk.
- Wachseid. Kleider 7.50 6.50 3.50 Mk.
- Entzückende Kleider aus Halvella-Seide 9.80 Mk.
- Herren-Anzüge von 29.— an

Bereichen Sie außerdem unsere Spott-Preise im Schaufenster. — Mengenabgabe vorbehalten.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
Kronenstr. 40 Karlsruhe Alte Marktgrafenstr. 2

Deutsche Turn- und Sportausstellung 1927

in der Städtischen Ausstellungshalle.
Geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Eintrittspreise: 50 Pfg. für Erwachsene, 30 Pfg. für Schüler und Kinder.
Jeder Erwachsene erhält ein Geschenk.
Jeder 1000. Besucher eine Wochenendkarte.
Freitag, den 1. Juli, ab 7½ Uhr abends: Sportliche Vorführungen des Turnerbundes Westertheim. Filme des Oberrhein. Christl. Jungmännerbundes und lustige Filme.
Samstag, den 2. Juli, ab 8 Uhr abends: Sportliche Vorführungen des Bezirksvereins „Geros“. Filme der Deutschen Turnerschaft und lustige Filme.
Sonntag, den 3. Juli: Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen. Zielfahrt des R.D.A.G. 3 Uhr nachm: Korso.
5 Uhr nachm: Große Kundgebung in der Festhalle. (Freier Eintritt.) Es werden sprechen: Erz. Dr. Kewald, Staatssekretär a. D., — Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln, — Kultusminister Leers. G. 526
9 Uhr abends: Filme der Deutschen Turnerschaft.

Operette im Konzerthaus

Morgen Samstag, den 2. Juli 1927
und die folgenden Tage der Ausstattungsschlager
Der ORLOW
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunnort, Kaiserallee; Konzerthauskasse und telephonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.

Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren

Verordnung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 26. März 1919.

Wortlaut des Gesetzes
auf den neuesten Stand gebracht
Preis 50 Pfennig.

Verlag G. Braun in Karlsruhe
Karlriedrichstraße 14

Öffentliche Zustellung einer Klage.

Die Mittelbadische Ziegelverlauftstelle G. u. S. G. in Offenburg, vertreten durch den Geschäftsführer Franz Schweig in Offenburg, klagt gegen den Alois Kromer, Zementgeschäft in Mählberg, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß der Beklagte der Klägerin aus dem Wechsel vom 15. Februar 1927, fällig am 15. Mai 1927 45.— Mk nebst 2% Zins über Reichsbankdiskont seit dem 15. Mai 1927, ferner 1,01 Mk Protest- u. Mühlauflagen schulde mit dem Antrage auf kostenpflichtige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 45.— Mk nebst 2% Zins über Reichsbankdiskont vom 15. Mai 1927, ferner von 1,01 Mk Protest- und Mühlauflagen.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Bad. Amtsgericht in Offenburg, Zimmer Nr. 6, auf Donnerstag, 18. August 1927, vormittags 9 Uhr geladen.
Q. 11
Offenburg, 30. Juni 1927.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts H.

Schwebingen. Q. 10

Güterrechtsregistereintrag Band II S. 478: Schweigheimer, Karl Friedrich, Schuhmacher in Schwebingen u. Josefina geb. Gärtner. Vertrag vom 18. Juni 1927. Gütertrennung —
Schwebingen, 29. 6. 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Lahr. Q. 12

Konkursverfahren.
über das Vermögen des Viktor Karl Ellinger in Lahr, Inhabers der Firma Viktor Karl Ellinger, Strickwarenfabrik in Lahr, wurde heute mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Buchrevisor W. Thies in Lahr. Konkursforderungen sind bis zum 16. Juli 1927 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am Dienstag, 26. Juli 1927, vorm. 9 Uhr, vor dem Amtsgericht, II. Etz., Zimmer 31.
Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Ge-

meinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis zum 10. Juli 1927 anzuzeigen.
Lahr, 27. Juni 1927.
Bad. Amtsgericht.

Pianos
Harmoniums
Sprech-Apparate
kaufen Sie in der Fabrik - Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik
H. Goll A.-G.
Filiale Karlsruhe
Waldhornstraße 30
Telephon 6835
in jeder Beziehung vorteilhaft!



Badisches Landestheater

Samstag, den 2. Juli 1927
Außer Miete (erstes Vorrecht Miete G) Th.-Gem. 1201—1400 und III. S. Or.
Neu einstudiert
Sylvia
Ballett von Jules Barbier und Merante
Einstudierung: G. Wielefeld
Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll
Szenische Leitung: Helmut Grobe
Sylvia Wielefeld
Aminta Leitgeb
Orion Brand
Amor Geuser
Diana Seiberlich
Endymion Geuser
Anfang 8 Ende 10
I. Sperrzeit 7.— M.
So. 3. Juli: Abschiedsvorstellung für Dr. Heinz Knoll: Tosca. Mo. 4. Juli: Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Carmen.
Dienstag, 5. Juli: Jubil.

Leser Bücher Wissen zu Macht